

DER GROSSE RAT AUF REISEN

Jährlich etwa zur gleichen Zeit, begeben sich die Fraktionen des Grossen Rates auf ihre Ausflüge.

Zu Beginn der morgendlichen Ratssitzung galt es, die von der ehemaligen Abgeordneten der Grünen, Annalise Schweizer, besetzten Kommissionsitze nach ihrem Fraktionsausschluss neu zu besetzen. Vorgängig dazu hat das Büro des Grossen Rates nach vorherigen juristischen Abklärungen entschieden, dass Fraktionsmitglieder nach einem Parteiaustritt oder einem Wechsel in eine andere Fraktion, seine Kommissionsmandate abtreten muss. Mit dieser Logik mochte sich Jürg Stüssi-Lauterburg (SVP) nicht anfreunden. Er beharrte darauf, dass dieses Geschäft an den Grossen Rat gezogen werde, da nach seiner Meinung nur dieser als Gesamtheit, darüber zu entscheiden habe. Der Rat folgte jedoch dem Antrag seines Grossratsbüros und unterstützte die entsprechenden Änderungen der Einsitznahme durch Mitglieder der Partei der Grünen mit 70 zu 53 Stimmen. In einer Fraktionserklärung der Grünen, vorgetragen durch Patricia Schreiber, Wegenstetten, verlangen diese, dass im Fall „Sandra“, (bekannt geworden in den letzten Tagen durch die Medien) das Rückführungsverfahren sistiert werde und eine Meditation mit den Beteiligten stattfinden soll. Der jetzige Zustand sei unmenschlich und nicht angemessen. Als Haupttraktandum galt es, das Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässer (EG Umweltrecht, EG UWR), welches an der letzten Sitzung durch die Eintretensdebatte eröffnet wurde, weiter zu beraten. Dieses Einführungsgesetz zum Umweltrecht wird nötig als Interpretation und zur Umsetzung des Bundesgesetzes für den Aargau. Mit diesem EG UWR wird die kantonale Anschlussgesetzgebung im Bereich des Umwelt- und Gewässerschutz wesentlich vereinfacht und dadurch übersichtlicher. Da einzelne Bestimmungen bereits aufgrund der vorgängigen Anhörung im vorliegenden Gesetzesvorschlag aufgenommen und überarbeitet wurden, fand dieses EG UWR breite Unterstützung. Der Schreibende schätzt hier insbesondere, dass die Gemeinden künftig alle Immissionsklagen entgegen nehmen und somit kein Zuständigkeitsgerangel mehr entsteht. Auch dass Lichtimmissionen eingeschränkt werden ist erfreulich. Die Finanzierung und Zuständigkeit bei der Sanierung von herrenlosen Altlasten oder solchen, bei denen keine zahlungsfähigen Verursacher mehr vorhanden sind, wird nun klar geregelt. Im Bereich von belasteten Standorten bei Schiessanlagen schlägt der Regierungsrat bei den nötigen Sanierungsmassnahmen, neu eine Beteiligung von 20% der Kosten vor. Die restlichen 80% werden je zur Hälfte durch Bund und Gemeinden getragen. Hier wurde mein schon in der Kommission gestellter Antrag überwiesen, dass auch jene Gemeinden, welche dieser Sanierungsaufforderung fristgerecht bereits nachgekommen sind, diese 20 % Kostengutschrift rückwirkend erhalten werden. Der Rat konnte auch an diesem

Morgen das Gesetz nicht fertig beraten. Die Fraktionsausflüge standen auf dem Programm, was auch dem Geräuschpegel zu entnehmen war. Um 10.45 Uhr schloss der Grossratspräsident, Heinrich Schöni die Sitzung und die Fraktionen begaben sich auf ihre verschiedenen Abholplätze. Die CVP – Fraktion pilgerte nach Meisterschwanden, die SVP zog es aufs Schloss Lenzburg, die Grünen besuchten die Kur- und Bäderstadt Baden und die SP und die FDP besuchten, wenn auch nicht gemeinsam, Bremgarten. Alle Fraktionen boten intern, verschiedene Ausflugsmöglichkeiten oder Besuche von Firmen und kulturellen Anlässen an. Was jedoch alle gemeinsam anboten war Jassen. Bei so vielen Jassbegeisterten Parlamentarierinnen und Parlamentariern könnte man ja vielleicht einmal ein politisches Geschäft ausjassen. Da ja bekanntlich 50% der Jasskarten rot sind, stünden da die Aussichten für uns von der SP nicht schlecht.

*Roland Agustoni
Grossrat
Magden*